

w o h n b u n d i n f o r m a t i o n e n



INTERNATIONALE STADTQUARTIERE

Potenziale und Aktivitäten von MigrantInnen
für eine integrierte Stadtteilentwicklung



Inhalt

- 3 **Editorial**
- 4 **Möglichkeiten und Grenzen der sozialen Durchmischung der Stadt**
Klaus Habermann-Nieße
- 2. Impulse**
- 12 **Vielfalt und Gemeinsamkeit**
Ercan Telli
- 14 **Migranten Milieus und Bürgerschaftliches Engagement**
Sebastian Beck
- 22 **Wohnwünsche von Migrantinnen und Migranten**
Dr. Ulrich Berding
- 3. Projekte**
- 28 **Integrationschancen und Hemmnisse in der Stadtteilarbeit**
Lale Arslanbenzer
- 34 **„Pro Wohnen – Internationales Wohnen“ in Oberhausen-Tackenberg**
Nese Özçelik
- 40 **Wohnbaugenossenschaft Am Ostseeplatz Berlin eG**
Michael Stein
- 44 **Bazar Vest**
Britta Tornow
- 4. Aktuelles**
- 47 **Standardabsenkung – Die sozialpolitische Dynamik von Real Estate Privat Equity**
Sebastian Müller
- 2 **Impressum, Bildnachweis**

Impressum

wohnbund-informationen

Mitgliederzeitung des wohnbund e.v.
Herausgeber und Redaktionsadresse:

wohnbund e.v.
Aberlestraße 16/Rgb
81371 München
Telefon 089-74 68 96 11
Fax 089-725 50 74
E-Mail: info@wohnbund.de

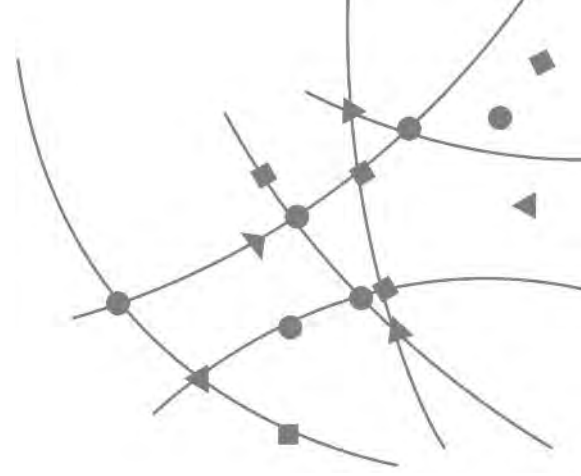
Redaktion: Brigitte Karhoff,
Klaus Habermann-Nieße
Fotos + Abbildungen: siehe Fotonachweis unten
Erscheinungsweise: zwei bis viermal jährlich
Preis: Für wohnbund-Mitglieder kostenlos,
Einzelexemplar: € 8,- + Versand
Sammelbestellung (ab 10 Exemplare): € 5,- pro
Exemplar zzgl. Versandkosten
Abo-Bestellung: per E-Mail, Telefon oder Fax an
die Redaktionsadresse

Layout und technische Bearbeitung:
Bernd Hüller, info@offset-service.de
Druck: Druckwerkstatt Kollektiv Offsetdruck &
Verlag GmbH, Darmstadt

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion
oder des wohnbund-Vorstandes wieder.

Fotonachweis / Abbildungen

Titel, S. 6, 10 Jörg Piprek
S. 8, 10, 12 Brigitte Karhoff
S. 14–21 Sebastian Beck
S. 22–27 Dr. Ulrich Berding
S. 28–30 Lale Arslanbenzer; Brigitte Karhoff
S. 34–39 Nese Özçelik
S. 40–43 WBG Am Ostseeplatz e.G.
S. 44–46 Britta Tornow



INTERNATIONALE STADTQUARTIERE

Editorial

Die Diskussion um Migration und Integration ist auf neue Grundlagen zu stellen.

Kulturelle Vielfalt ist eine Ressource der Stadtentwicklung! In den theoretischen Debatten um Integration und Zuwanderung scheint diese Aussage inzwischen einhellige Zustimmung auszulösen.

Aber wie sieht die Umsetzung des Konzeptes in der Praxis aus? Wie lassen sich Städte und Stadtteile organisieren, um aus der vorhandenen Vielfalt auch Stärke entstehen zu lassen?

Die Beiträge in dem vorliegenden Heft widmen sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln den Fragestellungen:

- Wenn die Internationalität der Städte nicht mehr ignoriert werden kann und soll: bieten sich tatsächlich Chancen für eine Weiterentwicklung durch die Vielfalt der Kulturen in der Stadt?
- Welche Anforderungen und Bedarfe und welche Potenziale für das Wohnen und das Arbeiten sind bei der sehr heterogenen Bevölkerung mit Migrationshintergrund vorhanden?
- Bewirkt die Migrationsdebatte lediglich die Erschließung neuer Märkte und Zielgruppen für Planer/-innen und Gemeinwesenarbeiter/-innen?

Es gibt zwischenzeitlich eine Reihe von Projekten, die sich der Ermittlung und der Berücksichtigung der Bedarfe von Migrant/-innen in der integrierten Stadtentwicklung widmen. Häufig genug sind diese „gut gemeinten“ Projektansätze noch an eigenen „fachspezifischen“ und milieu-geprägten Zielsetzungen und Vorstellungen der „Macher/-innen“ ausgerichtet.

Nach wie vor sind vor diesem Hintergrund folgende Aspekte für die Entfaltung von Potenzialen und Ressourcen der Internationalität unserer Städte und Stadtteile zu berücksichtigen:

- Wer erreicht wie überhaupt Zugänge zur Stadtgesellschaft?
- Unter welchen Voraussetzungen binden sich Migrant/-innen in kooperative Zusammenhänge ein?
- Welche Bedeutung hat der informelle Sektor für die Projektentwicklung? Warum tun wir uns so schwer mit diesen Ressourcen aktiv umzugehen?
- Was sind angemessene Formen der Kooperation und welche Trägerstrukturen tragen zu einer gemeinschaftlichen Verantwortung unterschiedlichster Kulturen für „ihre Stadt“?
- Gibt es gute Projektbeispiele, die aus dem Migrantenumlieu direkt heraus entwickelt werden bzw. wo gibt es Projekte, die tatsächlich an vorhandenen Problemen ansetzen, Potenziale, Bedarfe und Ressourcen ermitteln und aufgreifen und Projekte aus dem sehr heterogenen Migrant/-innenmilieu heraus entwickeln?

Die nachfolgenden Beiträge wollen Anregungen und Diskussionsgrundlagen für diese Fragestellungen liefern.

Wir dokumentieren in diesem Heft eine Auswahl der Vorträge, die im Rahmen der Fachtagung „Internationale Stadtquartiere“ des wohnbund e.V., Ende 2009 in Oberhausen gehalten wurden.

Der Dokumentation vorangestellt ist eine Standortbestimmung zu den Möglichkeiten und Grenzen der sozialen Durchmischung in der Stadt von Klaus Habermann-Nieße.

Der abschließende Beitrag von Dr. Sebastian Müller beschreibt die aktuellen, drastischen Veränderungen des Wohnungsmarktes und die Auswirkungen auf die Wohnsicherheit von Migrant/-innen.

Brigitte Karhoff, Klaus Habermann-Nieße

MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN DER SOZIALEN DURCHMISCHUNG DER STADT

1 Ausgangssituation

Der Bericht zum Mikrozensus 2005 hat deutlich gemacht, dass in Deutschland die Diskussion um Migration und Integration auf neue Grundlagen zu stellen ist. In Deutschland leben mittlerweile 15,3 Mio. Personen mit Migrationshintergrund, das sind 18,3 % der Bevölkerung¹. Nach Schätzungen wird der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Jahr 2030 in einigen Städten auf mehr als 40 % gestiegen sein². Bereits heute haben sich in den großen Städten Stadtteile und Wohngebiete vielfältiger nationaler und kultureller Herkunft gebildet. In

ihnen überlagern sich Konzentration von Armut, von Bevölkerungsgruppen struktureller Benachteiligung und soziokulturelle Unterschiede in besonderer Weise. In ihrer Funktion als erster Zuwanderungsort und damit als Wohn- und Lebensmittelpunkt von MigrantInnen wird diesen Stadtteilen gleichzeitig eine besondere Aufgabe im Prozess der Integration zugemessen. Der Städtebauliche Bericht der Bundesregierung 2004 hat die Schaffung sozial stabiler Stadtquartiere und die Integration der zugewanderten Bevölkerung als eine Aufgabe für eine zukunftsfähige städtebauliche Entwicklung und eine Politik der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen

Begriffsbestimmungen

„MIGRATION“

Wissenschaftliche Disziplinen haben sich zwar ausgiebig mit Migration beschäftigt, die Perspektiven der BetrachterInnen einerseits und die Heterogenität der Gruppe der MigrantInnen andererseits führen aber zu einer nicht gerade übersichtlichen Begriffs- und Definitionsvielfalt. Migration meint die Bewegung von Menschen (Individuen und Gruppen) zwischen zwei Gesellschaften: die aus der sie kommen und die in die sie gekommen sind. Zentrale Eigenschaften der Migration sind der Wechsel und die Bewegung. Migration lässt sich als ein „auf Dauer angelegter Wechsel bzw. dauerhaft werdender Wechsel in eine andere Gesellschaft bzw. in eine andere Region von einzelnen oder mehreren Menschen“³ beschreiben. Als Hauptursachen für Migration werden die Suche nach Arbeit und der Schutz vor Verfolgung formuliert. Wanderungsprozesse aber sind komplex und betreffen nicht nur die wandernden Menschen, sondern auch die Gesellschaften und Regionen, zwischen

denen sich die Menschen bewegen. Sie bringen einerseits Vorteile für die Empfängerregion wie z.B. Arbeitskraft, besondere Kenntnisse und Fähigkeiten, können andererseits durch das Einbringen von Andersartigkeit Konflikte entstehen lassen.

Auch wenn Migration ihren Ausdruck durch die tatsächliche Wanderung von MigrantInnen von A nach B erfährt, werden durch die Wanderung zwei Gesellschaften kontrastiert und verglichen, die innerhalb des Individuums coexistieren, da dessen Erfahrungen in beiden Gesellschaften entstehen und in ihm die beiden Seiten miteinander bis zu einem gewissen Grad verbunden werden. Der Ortswechsel ist verbunden mit einem Abbruch alter sozialer Verknüpfungen und dem Entstehen von neuen sozialen Verbindungen. Personen, die ihren Lebensmittelpunkt dauerhaft über internationale Landesgrenzen hinweg verlagert haben und/oder die vor einem anderen kulturellen Hintergrund sozialisiert sind, sollten als MigrantInnen bezeichnet werden. So haben sich empirische Studien auch mit MigrantInnen der

zweiten Generation zu beschäftigt. Der Begriff Migrationshintergrund der für das Bundesgebiet im Bericht zum Mikrozensus 2005 ausgewertet wurde, wird damit zu einem zentralen Untersuchungsgegenstand von Migration, ihren Folgewirkungen und Ambivalenzen.

Über die Definition des Fremdseins und der Fremdheit hinaus, hat sich in den letzten Jahren eine notwendige Differenzierung über das Ausmaß und die Kontinuität des Fremdseins herausgebildet. Zu diesem differenzierten Blick auf Lebenswelten und wohnungsmarktspezifische Präferenzen von Personen mit Migrationshintergrund hat nicht zuletzt die Studie zu Migranten Milieus von vhw – Berlin und Sinus Sociovision – Heidelberg beigetragen. Es werden vielfältige Lebensstilgruppen in Migrantenmilieus beschreiben, die von „religiös verwurzelten Milieus“ bis zu „intellektuell kosmopolitischen Milieus“ sehr unterschiedliche Ausgangssituationen zur gesellschaftlichen Teilhabe bei Migranten ausmachen.⁴

1) Nach Definition des Statistischen Bundesamtes (2007): Alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer geborenem Elternteil. (Statistisches Bundesamt 2007)

2) s. Bernd Hallenberg (2007): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Auswertungen aus dem Mikrozensus 2005, in: vhw Forum Wohneigentum, Heft 4 2007, S. 224 f.

3) s. Annette Treibel (1994): Migration in modernen Gesellschaften, Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht, München

4) Beck, Sebastian, Perry, Thomas (2007): Migranten-Milieus, In: vhw Forum Wohneigentum Heft 4 2007, S. 187 ff.

Modernisierung der Städte und Gemeinden in Deutschland definiert.

Gegenwärtig wird das Ausmaß der sozialräumlichen Polarisierung in den Städten wieder einmal intensiv diskutiert. Entstehen in diesen Stadtquartieren tatsächlich die „Parallelgesellschaften“, die ein Ausmaß soziokultureller Eigenständigkeit erreichen, das zu einer radikalen Abgrenzung gegenüber der Stadtgesellschaft und der demokratischen Öffentlichkeit führt? Als Antwort auf möglicherweise schon entstandene „einseitige“ Bevölkerungsstrukturen

und wirtschaftlichen Wandels einen Ausblick auf die Perspektiven der sozialräumlichen Polarisierung formulieren und dabei die Herausforderungen, die mit Armut und Zuwanderung in den Städten verbunden sind, thematisieren. Ich gehe davon aus, dass es auch für Zuwanderer wichtig ist, sich einzurichten in ihrer eigenen Kultur, darüber ein „Heimatgefühl in der Fremde“ zu entwickeln und sich auf dieser Grundlage der Gesellschaft zu stellen, in die sie eingewandert sind. Aus dieser These möchte ich zum Schluss der Arbeit die besondere Rolle der Stadtteile

Begriffsbestimmung

„INTEGRATION“

Um den Begriff der Integration rankt sich eine verwirrende Begriffsvielfalt. Integration kann als die Wiederherstellung eines Ganzen durch Prozesse, die das Verhalten und Bewusstsein nachhaltig verändern, bezeichnet werden. Integration findet damit einerseits zwischen einzelnen Individuen gegenüber Gruppen, andererseits zwischen Gruppen, Schichten, Kulturen und Klassen innerhalb einer Gesellschaft untereinander und weiter noch zwischen ver-

schiedenen Gesellschaften statt. Ziel der Integration ist die Herausbildung neuer sozialer Strukturen und sozialer Ordnung. Es handelt sich dabei nicht um eine reine Assimilation (völlige Anpassung) an ein bereits bestehendes 'Ganzes', sondern um die kombinatorische Schaffung eines neuen Ganzen unter Einbringung der Werte und Kultur der außen stehenden Gruppe in die neue Gesellschaft, bei Erhalt einer eigenen 'Identität'. Damit läßt sich Integration als ein Weg der Organisation von Zusammenleben bei ungleichen gesellschaftlichen und

kulturellen Ausgangssituationen bezeichnen. Der Prozeß der Integration liegt somit darin, neue Kooperationsformen vor dem Hintergrund unterschiedlicher Sozialisationsbedingungen zu entwickeln. Welche Formen von Kooperation und Austausch auf der Ebene der Stadtteile zwischen unterschiedlichen Kulturen erreicht werden können, wird damit zu einem der grundsätzlichen Gegenstände der Stadtentwicklung.

hat das Prinzip der sozialen Mischung Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik jahrzehntelang begleitet. Die Forderung nach einer intensiveren sozialen Durchmischung der Stadt erlebt in der öffentlichen Debatte gegenwärtig eine Renaissance.

Ich möchte in der nachfolgenden Ausarbeitung versuchen auf der Grundlage einer persönlichen Definition der Begriffe Migration, Integration und Segregation, den Ursachen der sozialräumlichen Polarisierung in den Städten nachzugehen. Ich möchte angesichts des demografi-

als Elemente von sozialer Differenzierung, Identifikation und damit als Orte der Integration in die Stadtgesellschaft herausstellen. Ich möchte die These formulieren, dass angesichts der vorhandenen sozialräumlichen Polarisierung weniger über soziale Durchmischung als vielmehr über eine konstruktive Aktivierung der Armuts- und Integrationsquartiere nachzudenken ist und diese Orte einer ganz besonderen Aufmerksamkeit der Stadtgesellschaft bedürfen.

Begriffsbestimmung

„SEGREGATION“

In den Gesellschaftswissenschaften wird der unterschiedliche Zugang von Individuen zu den Ressourcen einer Gesellschaft in Abhängigkeit von ihrer Lebensphase, dem sozialen Status, ihrer Konfession oder dem Herkunftsland als Segregation bezeichnet. In der Stadtentwicklung wird die zu beobachtende ungleiche Verteilung der nach

einem der benannten Merkmale betrachteten Bevölkerungsgruppen auf unterschiedlich attraktive Stadtteile mit dem Begriff „residielle Segregation“ belegt⁵. Auch wenn sich Segregation durch individuelle Präferenzen bzw. Standortwahl vollzieht, so wird mit sozialräumlicher Segregation ein negativ besetzter Trend beschrieben. Die residielle Segregation von Minderheiten oder statusniedrigen Bevölkerungs-

gruppen gilt häufig auch als erzwungene, wenn der Wohnstandort in einem von geringeren Einkommensgruppen belegten Quartier dadurch, benachteiligende Wirkungen entfaltet, dass der Zugang zu öffentlichen Einrichtungen (Schulen und anderen Bildungseinrichtungen), zu Gütern der Alltagsversorgung sowie zu anderen städtischen Lebenswelten beeinträchtigt ist.

5) Sturm, Gabriele (2007): Residielle Segregation von Migrantinnen und Migranten in deutschen Großstädten In: vhw Forum Wohneigentum Heft 5 2007, S. 245 ff.

2. Die Herausbildung benachteiligter Stadtteile

Die Konzentration der Erwerbsarbeit ist Auslöser für die Zuwanderung in die Städte des 19. und 20. Jahrhunderts. Der Wohnort wurde in die Städte verlegt, weil mit der Wanderung die Hoffnung auf und die Chance zu Erwerbsarbeit verbunden war. Die Zugewanderten wohnten in den Stadtquartieren, die von der entstehenden Wohnungswirtschaft für sie errichtet wurden, um an der starken Wohnungsnachfrage zu verdienen. Diese Stadtteile waren niemals die besten Viertel der Stadt. Die Wohnungen waren klein, teuer und oft mehrfach belegt.

Die Ursachen für das Herausbilden von mit Problemen belasteten Quartieren liegen in der selektiven Wirkung des Bodenmarktes, der wirtschaftlichen Ungleichheit der Haushalte und einer Wohnungsversorgung, die sozial abgrenzende Wanderungsprozesse in den Städten fördert. Mit anhaltend ungleicher Einkommensentwicklung und zunehmenden soziokulturellen Unterschieden verstärkt sich die soziokulturelle Differenzierung der Stadt.

Die so entstehenden benachteiligten Stadtteile unterscheiden sich in den Formen der Benachteiligung, wie sie Andreas Kapphan und Hartmut Häußermann beschreiben: Sie beeinträchtigen erstens die materiellen Lebens-



Piprek, Hildesheim

In den Stadtteilen der Gründerzeit waren das Wohnen, die Nahversorgung und das Arbeiten räumlich funktional durchmischt. Angesichts anhaltender Konzentration der Arbeit hat sich im 20. Jahrhundert die funktionale Trennung von Wohnen und Arbeiten in den Städten einerseits und mit ihr die Herausbildung von differenzierten Stadtteilen andererseits verstärkt. Die Städte sind seither in gleicher Weise Orte von Zuwanderung bzw. Migration und sozialer Segregation. In ihnen bildet sich ein räumliches Muster der sozialen Ungleichheit in differenzierten von einander abgegrenzten Wohnungsteilmärkten ab; dies wird als „sozialräumliche Polarisierung“ definiert.

bedingungen, da Wohnbausubstanz, Infrastruktur und private und öffentliche Dienstleistungen, die physischen Umweltqualitäten und die Erwerbsmöglichkeiten als problematisch zu beurteilen sind. Sie beeinträchtigen zweitens die sozialen Lebensbedingungen, da sie unzuverlässige und wenig leistungsfähige informelle soziale Netze bieten und das räumlich verdichtete Nebeneinander Konflikte erzeugt. Und drittens können die Stadtteile symbolische Beeinträchtigungen beinhalten, wenn ein verwahrloster öffentlicher Raum den BewohnerInnen ihre eigene Wertlosigkeit signalisiert, die schlechte Adresse die Chancen verschlechtert, einen Arbeitsplatz oder eine Lehrstelle zu

bekommen, und das negative Image des Quartiers in der Außenwahrnehmung als negatives Selbstbild von den BewohnerInnen übernommen wird.⁶

3. Perspektiven der Stadtteilentwicklung im gesellschaftlichen Wandel

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellt sich die Frage, wie und wie intensiv der gesellschaftliche und demografische Wandel auf vorhandene sozialräumliche Disparitäten wirkt – verändernd, verstärkend, abschwächend – und welche dieser Entwicklungen Anlass zu verstärktem Steuerungsbedarf durch Stadtpolitik und Stadtplanung geben.

ABNEHMENDE VIelfALT DER ARBEITSMÄRKTE

Aufgrund des Wandels der Arbeit nimmt die Chance der Auflösung sozialer Disparitäten durch gesellschaftliche Integration über Erwerbsarbeit ab. Das Kennzeichen städtischer Arbeitsmärkte ist der Arbeitsplatzabbau und nicht der Zugewinn, auch wenn in wissensbasierten Branchen signifikante Arbeitsplatzgewinne zu verzeichnen sind. Da die Teilhabechancen auf dem Arbeitsmarkt sich reduzieren, kann sich die wirtschaftliche Benachteiligung in den „benachteiligend“ wirkenden Stadtteilen verfestigen. Je stärker sich aber Abstiegsquartiere in einer Stadt herausbilden, desto geringer ist die Chance zum wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der in ihnen wohnenden Bevölkerungsgruppen. Kennzeichen dieser Stadtteile sind der weitere Rückgang von Arbeitsplatzangeboten und der Nahversorgung in den Quartieren und eine geringe Chance zum Aufbau neuer Existenzen sowie die zunehmende Konzentration von Bevölkerungsgruppen mit geringen Einkommens- und Bildungsniveaus. Das negative Bild der benachteiligten Stadtteile in der Außenwahrnehmung durch die Stadtgesellschaft kann darüber hinaus zu einer sich verstärkenden Unsicherheitswahrnehmung beitragen. Mit anhaltender sozialräumlicher Polarisierung reduzieren sich die Chancen zu gesellschaftlicher Teilhabe und Integration insgesamt.

DEMOGRAFISCHER WANDEL UND ZUWANDERUNG

Für die Entwicklung der Städte und ganz besonders der Stadtteile mit sozialer Benachteiligung, die in der Regel auch einen hohen Anteil von Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund aufweisen, ist von Bedeutung, dass unter den Rahmenbedingungen des demografischen Wandels der Anteil der Zuwanderungsbevölkerung insbeson-

dere in den Städten überproportional steigen wird. Unter Einschluss der derzeitigen Einwanderungsrealität und unter Annahme einer kontinuierlichen Zuwanderung wird der Anteil der Bevölkerungsgruppe nichtdeutscher Herkunft von heute 18 % auf bis 40 % in einzelnen Städten im Jahre 2030 ansteigen. In der Folge werden vielfältige Kulturen und Lebensformen den Alltag in den Städten in Zukunft immer stärker prägen, da die städtischen Wohnungsteilmärkte in der Regel erster Zuwanderungs- und Bleibeort sind (vgl. Hradil, 2000)⁷. Der Anteil der Stadtquartiere für Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund wird deswegen ansteigen und damit verstärkt sich die Aufgabe des konstruktiven Umgangs mit soziokultureller Vielfalt.

STADTUMLANDWANDERUNG

Es ist zu beobachten, dass in den Städten mit Bevölkerungsrückgang das Phänomen sozial selektiver Wohnstandortwahl sich weiterhin in Stadtumlandwanderung ausdrückt. Offensichtlich ist die negative Wahrnehmung des städtischen Lebensraumes so stark von der baulichen Dichte, von Umwelt- und Verkehrsbelastungen und sozialräumlicher Polarisierung geprägt, dass Familien mit Kindern überwiegend die Kernstädte verlassen. Die Analyse und Unterscheidung der Wanderungsgründe macht zwar deutlich, dass viele HaushaltsgründerInnen in der Stadt bleiben würden, wenn ihrem Lebensstil adäquate Wohnungsangebote in der Stadt zur Verfügung stünden, aber es mangelt an attraktiven Angeboten. Die mögliche Folge einer anhaltenden Wanderung ist, dass auch in Zukunft die Haushalte mit höheren Einkommen das Stadtumland und die Haushalte mit niedrigeren Einkommen die Kernstädte prägen. Eine möglicherweise anhaltende Polarisierung der Wohnstandortwahl führt zu einem weiteren Verlust von Vielfalt und Qualität des Lebensraums Stadt.

SOZIAL SELEKTIVE WOHNSTANDORTWAHL IN DEN STÄDTEN

Innerhalb der Städte zeichnet sich eine anhaltende sozialräumliche Differenzierung ab (s. Soziale Differenzierung in der Stadt Hannover 2005). Auffällig nehmen in Städten mit Bevölkerungsrückgang Fluktuation und Umzüge zwischen den Stadtteilen mit einer stark sozial selektiven Wohnstandortwahl zu. Selbst Gründerzeitquartiere, denen aufgrund der baulichräumlichen und soziokulturellen Vielfalt besondere Potentiale zugesprochen werden, sind auch in den Großstädten Westdeutschlands teilweise

⁶ s. Häußermann, Hartmut; Kapphan, Andreas (1999): Bilden sich neue Räume sozialer Benachteiligung? in: Herkommer, Sebastian (Hrsg.): Soziale Ausgrenzungen, Hamburg, S. 187–207

⁷ Hradil, Stephan (2001): Wohnwandel – Strukturwandel in: Schader Stiftung (Hrsg.), wohn:wandel, Szenarien, Prognosen, Optionen für die Zukunft des Wohnens, Darmstadt

mit sinkender Wohnungsnachfrage konfrontiert. In der schrumpfenden Stadt Wilhelmshaven beispielsweise sind erhebliche Probleme bei der Vermarktung und Vermietung der Gründerzeitwohnungen selbst auf qualitativ höherem Niveau zu beobachten, weil offensichtlich die Nachfragegruppe für dieses Teissegment des Wohnungsmarktes in der Stadt keine Bedeutung mehr hat.⁸

RÜCKGANG KOMMUNALER BESETZUNGSRECHTE

Für eine weitere Verstärkung der sozialräumlichen Polarisierung innerhalb der Städte sprechen über den Wandel der Nachfrage hinaus der Rückgang belegungsgebundener Wohnungsbestände und damit der Rückgang der Möglichkeiten der Ausübung kommunaler Besetzungsrechte in unterschiedlichen Wohnungsteilmärkten. Auch in diesem Marktsegment droht eine Konzentration der Armutsbevölkerung in für Haushalte mit geringem Einkommen und/oder Migrationshintergrund ungeeignete Wohnungsteilmärkten (unfreiwillige Segregation). Damit zeichnet es sich ab, dass sich über den Abbau von Wohnungsbeständen mit kommunalen Besetzungsrechten innerhalb der Städte die sozialräumliche Polarisierung zwischen den Stadtteilen verstärken kann.⁹

4. Migration und Integration im Prozess der sozialräumlichen Polarisierung

Um die Möglichkeiten und Grenzen des Umgangs mit der sozialräumlichen Polarisierung in der Stadt hat sich in letzter Zeit eine intensive gesellschaftspolitische Diskussion entwickelt. Auf der Grundlage der wissenschaftlichen Analysen der amerikanischen Stadtsoziologen wird einerseits konstituiert, dass Distanz der Wohnstandorte voneinander ein unmittelbarer Indikator für soziale Distanz ist und damit Grenzen der Integration in die Stadtgesellschaft aufgebaut werden. Daraus wird die These abgeleitet, dass erst ein entwickelter intensiver Kontakt zwischen Aufnahmegesellschaft und Einwanderungsgesellschaft integrierend zu wirken vermag (Kontakthypothese)¹⁰. In der Folge wurde in der gesellschaftspolitischen Rezeption dieser Analysen die Zielsetzung der „Sozialen Mischung“ handlungsleitend für die zentralen politischen Akteure.

Andererseits wird allerdings auch beobachtet, dass räumliche Nähe ganz besonders zu Abgrenzung und sozialen

Konflikten führt, wenn die Toleranzgrenzen überschritten sind und Missgunst und Unsicherheitswahrnehmung die Nachbarschaft prägen (Konflikthypothese). Nicht selten sind gerade diese Nachbarschaften aufgrund der Konzentration von Armut und soziokultureller Differenz bei der Schlichtung von Konflikten überfordert. Dieses bestätigend haben wissenschaftliche Untersuchungen inzwischen herausgearbeitet, dass der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in einem Stadtquartier in einem sehr untergeordneten Verhältnis zum Erfolg oder Misserfolg der Integration vor Ort steht.

Es komme vielmehr darauf an, wie es die jeweiligen sozialen Gruppen gelernt haben, miteinander auszukommen, sich einander zu respektieren und untereinander positive Kontakte zu knüpfen. Als entscheidende intervenierende Faktoren werden daher ausgemacht: die politische Steuerung und Teilhabe (kollektive Bindung), die politische Kultur (lokale Tradition des gesellschaftlichen Umgangs), die sozialen Netze und Gruppenbildung (Selbstorganisation der Bürger zur Identifikation), die Art und der Umfang der lokalen Inter-Gruppen-Beziehung (Wechselverhältnis und gegenseitige Anerkennung sozialer Gruppen) und das soziale Klima (an den Ort gebundenes Gefühl von Sicherheit und Verbundenheit).¹¹



Stadtteile benachteiligter Bevölkerungsgruppen und Integrationsquartiere werden in der Regel nicht von freiwilliger Segregation geprägt. Ihre Entstehung und Bewohnerstruktur sind häufig Ergebnis erzwungener Wohnstandortwahl. In der Praxis reagieren Kommunen auf die sich verfestigende Benachteiligung mit Konzepten der erzwungenen sozialen Durchmischung, um „einseitige“ Bevölkerungsstrukturen zu vermeiden. Diese Durchmischung als Antwort auf Probleme der Segregation wider-

8) Stadt Wilhelmshaven (Hrsg.) (2005): Stadistik – report, „Wilhelmshaven – höchste Umzugsrate in Westdeutschland“, Heft I/2005 – Wilhelmshaven

9) vgl. Habermann-Nieße, Klaus (2006): Die Stadt der Stadtteile – Über die Differenzierung und die Qualifizierung der Stadtteile. In: Das neue Gesicht der Stadt. Hrsg.: Heinrich Böll Stiftung – Berlin, S. 93 – 104

10) Dangschat, Jens (2007): Integration – neue Herausforderungen zu einem alten Thema, In: vhw Forum Wohneigentum Heft 5 2007, S. 238 f.

11) vgl. Anhut, Reimund/Heitmeyer, Wilhelm (2000): Desintegration, Konflikt und Ethisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption, in: Heitmeyer, Anhut (Hrsg.) 2000: 17– 75

spricht allerdings allen Befunden zu den Möglichkeiten sozialer Stabilisierung. „Mischung zerstört informelle Netze bzw. behindert deren Aufbau und schwächt damit die ökonomische, die soziale und psychische Stabilität. (...) Erst auf der Basis einer gesicherten Identität lässt man sich auf das Abenteuer des Neuen ein, und das gilt für Zuwanderer wie für Eingessene. Gerade Zuwanderer benötigen ein Stück „Heimat in der Fremde“, um Informationen, materielle Hilfen und psychische Unterstützung bei ihrer Einwanderung zu erhalten“.¹²

Alle Beobachtungen von Sozialverhalten in sozial segregierten Stadtquartieren zeigen, dass das Sozialverhalten (Kontakte), Sozialisation (Werte und Normen), kulturelle Orientierung und räumliche Mobilität vor allem von den individuellen Merkmalen der Bewohner, also von Bildung, Einkommen und Beruf abhängig sind und nur nachrangig von der Nachbarschaft. Hartmut Häußermann fasst zusammen:

- dass die ethnische Segregation unter den heutigen Bedingungen die Kontakte zu Einheimischen nicht verhindert,
- dass ethnische Kolonien abweichende Werte nur unter ganz bestimmte Bedingungen an bestimmte Gruppen vermitteln,
- dass die Bewohner von ethnischen Kolonien nicht stärker ihre Herkunftskultur pflegen als die Bewohner anderer Quartiere,
- dass Migranten die ethnischen Kolonien nicht freiwillig und dauerhaft bevorzugen, sondern im Zuge ihrer Integration auch wegziehen
- und dass allerdings der Erwerb der Landessprache für Bewohner ethnischer Kolonien schwieriger ist also für solche, die überwiegend mit Einheimischen zusammen wohnen.¹³

Für die Stadtentwicklung ist bedeutend, dass genauso wie bei der deutschen Bevölkerung bei der migrantischen Bevölkerung die untersten Schichten am stärksten segregiert sind. Damit verstärkt sich das Bild des Zusammenhangs zwischen soziokulturellen und sozialen Effekten und räumlicher Konzentration in Stadtteilen und das Argument für die Auflösung dieser Quartierstypen. Dabei hat in den letzten Jahren die besondere Aufmerksamkeit für Stadtteile mit benachteiligten Wirkungen, wie in Quartieren der Sozialen Stadterneuerung nach dem Bund Länder Programm „Soziale Stadt“ bereits in Ansätzen nachgewiesen, das eine intensive Beschäftigung mit diesen Quartieren nicht nur eine sozial „ausgleichende“ sondern

auch eine integrierende Funktion hat. Voraussetzung für den Wandel des gesellschaftlichen Umgangs mit Zuwanderung und Migration scheint einerseits die positive gesellschaftliche Wahrnehmung soziokultureller Vielfalt und ihre damit verbundene Chance zur Akzeptanz verbesserter Teilhabe zu sein. Andererseits stellt auch die intensive Beschäftigung mit den Armuts- und Integrationsquartieren einer Stadt offensichtlich Ausstiegsmöglichkeiten und Aufstiegschancen sicher, mit denen weitreichende negative Folgen einer erzwungenen Benachteiligung verringert werden.

5. Differenzierung und Qualifizierung der Stadtteile

Eine „soziale Stadt“ scheint auf Stadtteile angewiesen zu sein, die als Einwanderungsorte und Integrationsquartiere eine „Heimat in der Fremde“ bieten. Diese Quartiere sind eher homogen und nicht vielfältig gemischt. Sie sollten allerdings in der inneren und äußeren Wahrnehmung positiv als Integrationsquartiere und nicht als Quartiere des dauerhaften sozialen Abstiegs wahrgenommen werden. Stadtpolitik hat die Aufgabe, sozialräumliche Polarisierung durch verstärkte Integrationsbemühungen in benachteiligten Stadtquartieren abzubauen und sie zu einem positiven Bestandteil der Stadt zu entwickeln. In der Folge sind Kommunen aufgefordert, in den Stadtteilen KooperationspartnerInnen zu gewinnen, die mit ihnen zusammen die Auswirkungen sozialräumlicher Polarisierung und mögliche Qualitätsverluste aufhalten. Die Stabilisierung der Stadtteile ist notwendig zur Sicherung der Lebensqualität der Stadt.

Wenn Stadtkritik und Stadtflucht mit dem Bedürfnis zu Abgrenzung und Andersartigkeit begründet werden, haben die Stadtteile ihre Attraktivität dadurch zu verstärken, dass in ihnen Möglichkeiten zur Abgrenzung geboten werden. Mit Blick auf sozial homogene Stadtteile höherer Einkommensgruppen, die eingezäunten Pariser Privatstraßen des 19. Jahrhunderts, die auch in Europa zunehmende Zahl der Gated Communities und selbst gewählte Nachbarschaften in den Vorstädten wird deutlich, dass eine ausgeprägte Segregation gerade bei den Gruppen zu finden ist, die über besonders große Wahlfreiheit verfügen. Der Wunsch zur Abgrenzung ist aber nicht synonym mit Stadtumlandwanderung gleichzusetzen. Die freiwillige Segregation weist darauf hin, dass Menschen durchaus Interesse daran haben, mit ihresgleichen benachbart zu sein.

Stadtpolitik wird sich mit diesem Bedürfnis auseinandersetzen haben und Einfluss nehmen auf die Lebensqualität in den Stadtteilen. Damit werden auch mittlere

12) Siebel, Walter (2001): Segregation und Integration, Voraussetzungen für die Integration von Zuwanderern; In: Schader Stiftung (Hrsg.): wohn:wandel, Szenarien, Prognosen, Optionen zur Zukunft des Wohnens, Darmstadt, S. 228–242

13) Häußermann, Hartmut (2007): Effekte der Segregation, In: vhw Forum Wohneigentum Heft 5 2007, S. 238 f.



und gehobene Einkommensgruppen zu Adressaten, die durch ihre Stadtflucht darauf aufmerksam gemacht haben, dass die städtischen Lebenswelten einen erhöhten Qualitätsverlust erlitten haben.

Die Stadtpolitik steht vor einem Dilemma. Aufgrund der fiskalischen Situation ergibt sich immer weniger Handlungsspielraum, während einerseits mit einem höheren Aufwand mittlere und höhere Einkommensgruppen an die Stadt gebunden und andererseits sozial benachteiligte Stadtteile, die die Stadt nicht zuletzt in ihrer Außenwahrnehmung belasten, aufgewertet werden müssten. Die Stärke des Lebensraumes Stadt wird auch in Zukunft dadurch bestimmt werden, inwieweit ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Wohnen in selbst gewählten Wohnorten und Nachbarschaften und der Qualität bzw. Beurteilung von Wohnverhältnissen in sozial benachteiligten Quartieren erreicht werden kann. Damit wird der städtische Lebensraum in starkem Maße von aktiven Stadtteilen geprägt, in denen unterschiedliche Lebensformen Platz

finden können. Dazu sollten ressortübergreifende Förderprogramme und umfassende Instrumente einer integrierten Stadt- und Stadtteilentwicklung bereitgestellt werden.

Wenn heute angesichts der Entwicklung des Bodenmarktes und der Wohnungswirtschaft, der Differenzierung der Wohnungsnachfrage und der soziokulturellen Grundlagen der Stadt sozialräumliche Polarisierung weiterhin prägend ist, stellt sich die Frage nach den Chancen der Integration von MigrantInnen und ZuwanderInnen in der Stadtpolitik ganz besonders.

Bevor mit einfachen Mischungs- und Entmischungsmustern argumentiert wird, werden die Möglichkeiten der Auflösung sozialer Polarisierung einerseits in der Erhöhung der Zugangschancen und gesellschaftlichen Teilhabe für alle Bevölkerungsgruppen – gesellschaftliche Integration – gesehen. Andererseits ist offensichtlich, dass soziale und kulturelle Bevölkerungsgruppen nicht zwangsweise gemischt werden wollen. Genauso wie Stadtumlandwanderung der gehobeneren Bevölkerungsgruppen nicht zu verhindern sein wird, ist auch die Bildung von soziokulturellen Clustern von Zuwanderergruppen eine gesellschaftlich Realität. Vor dem Hintergrund des Verständnisses, dass soziale Fragmentierung für die Herausbildung der Städte geradezu wesentypisch ist, wird offensichtlich die Entwicklung der Stadt zwangsläufig zu weiterer sozialräumlicher Polarisierung mit sozialer Abgrenzung führen.

Die gesellschaftliche Antwort, dass bei entsprechender Kontaktdichte im „Melting Pot“ der Städte Integration entsteht scheint den Beobachtungen der Stadtentwicklung weniger gerecht zu werden als das Bild der „Salad Bowl“, in der sich soziokulturelle Cluster zu einem Ganzen der Stadt entwickeln¹⁴. Das Wechselverhältnis zwischen gesell-



¹⁴) Dangschat, Jens (2007): Integration – neue Herausforderungen zu einem alten Thema, In: vhw Forum Wohneigentum Heft 5 2007, S. 238 f.

schaftlicher Integration und Herausbildung von Benachteiligung und damit verstärkter Abgrenzung in diesen Sozialräumen ist eine gesellschaftliche Realität. Voraussetzung für eine Problemlösung ist die Bereitschaft der Gesellschaft die besonderen Aufgaben, die mit Armut, Segregation und Zuwanderung verbunden sind, zu akzeptieren. Damit ist allerdings nicht selten eine in der Regel umstrittene Umverteilung von Förderung zugunsten benachteiligter Haushalte, von Migrantenhaushalten und krisenhaften Sozialräumen verbunden. Die außerordentliche Integrationsaufgabe verlangt die besondere Bereitstellung von sozialen und kulturellen Investitionen mit der Aufgabe der Stärkung von bürgerschaftlichen Engagement und Partizipation, wie sie z.B. das Land Bremen für ihre benachteiligten Stadtteile bereitstellt.

Die Möglichkeiten der öffentlichen Hand bei der Stärkung der Stadtteile liegen vor allem in der Mobilisierung lokaler Ressourcen und der Kooperation. Ein sehr gutes lokales Bildungsangebot, die Verbesserung der Teilhabechance am Arbeitsmarkt und die besonderen kulturellen Qualitäten des Stadtteils können den Bleibewunsch der Bewohner und die Wahrnehmung von außen erheblich verbessern. Dazu bedarf es einer Verbesserung der Kooperation und der Kommunikation der Stadtteile, einer Zusammenführung der Akteure, eines Aufbaus verlässlicher Beteiligungsformen und des Einbezugs intermediärer Träger.

Die Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner an der Entwicklung des Stadtteils stößt immer wieder an

Grenzen bei der Bereitschaft der Politik, Verantwortung abzugeben und eine verlässliche neue Beteiligungsstruktur einzuführen. Tatsächlich werden die Stadtteile aber durch aktives bürgerschaftliches Engagement gestärkt. Dafür muss den Akteuren im Quartier allerdings Verantwortung übertragen und sowohl Zeit als auch Beratung zur Verfügung gestellt werden.

Eine aktive Politik zur Stärkung des Lebensraumes Stadt hat folgende Kernaufgaben: eine Qualifizierung der Stadtteile durch die Erarbeitung integrierter Handlungskonzepte, eine Bevorzugung der benachteiligten Quartiere durch öffentliche Förderung und einen Ausbau der lokalen Ressourcen. Nur durch eine gelungene Gestaltung dieser zentralen Handlungsfelder kann eine Stadt der Stadtteile entstehen, die die Unterschiede ihrer einzelnen Teile als eine besondere Qualität erfahrbar macht und damit die Grundlagen legt für einen konstruktiven Umgang mit sozialräumlicher Polarisierung in der Stadt.

Dieser Beitrag ist in ähnlicher Form im Buch „*Gestaltungsraum europäische StadtRegion*“, Bornberg, Habermann-Nieße, Zibell (Hrsg.) im Peter Lang Verlag im Mai 2009 erschienen.

Klaus Habermann-Nieße

Dr.-Ing. Architekt und Stadtplaner DASL und SRL eV

plan zwei Stadtplanung
und Architektur, Hannover
Vorstandsmitglied wohnbund e.V.